

Herausgeberschaft:
Christiana Fountoulakis
Kurt Affolter-Fringeli
Yvo Biderbost
Daniel Steck

FACHHANDBUCH

Kindes- und Erwachsenenschutzrecht

EXPERTENWISSEN FÜR DIE PRAXIS

Schulthess § 2016

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren	VII
Inhaltsübersicht	IX
Allgemeines Literaturverzeichnis	XLIII
Allgemeines Materialienverzeichnis	XLIX
Abkürzungsverzeichnis	LIII
Teil 1: Grundlagen	1
Kapitel 1: Einleitung	3
I. Vom Vormundschaftsrecht zum Erwachsenenschutzrecht	4
A. Das Vormundschaftsrecht des ZGB	4
B. Die Totalrevision des Vormundschaftsrechts	4
C. Die zentralen Revisionsanliegen	6
1. Förderung des Selbstbestimmungsrechts	6
2. Stärkung der Solidarität in der Familie	7
3. Besserer Schutz für urteilsunfähige Personen in Wohn- und Pflegeeinrichtungen	8
4. Einheitsmassnahme nach Mass	8
5. Verzicht auf die erstreckte elterliche Sorge	9
6. Schliessung von Lücken und Verbesserung des Rechtsschutzes bei der FFE	9
7. Professionalisierung der KESB	10
8. Verankerung der wesentlichen Verfahrensgrundsätze im ZGB	11
D. Anpassungen im Kindesschutz	11
II. Intertemporales Recht	12
A. Zum Erwachsenenschutz	12
1. Allgemeine Grundsätze	12
2. Entmündigte unter Vormundschaft oder elterlicher Sorge	13
3. Altrechtliche Beistand- und Beiratschaft	14
4. Fürsorgerische Freiheitsentziehung	15
5. Eigene Vorsorge und Massnahmen von Gesetzes wegen	16
6. Haftpflichtrecht	16
B. Zum Kindesschutz	16
Kapitel 2: Leitprinzipien des behördlichen Erwachsenen- und Kindesschutzes	19
I. Erwachsenenschutz	20
A. Wohl und Schutz von Personen mit einem Schwächezustand	20
B. Wahrung des Selbstbestimmungsrechts	22
C. Subsidiarität	22
D. Verhältnismässigkeit	24

E.	Beistandschaft nach Mass	25
	1. Abschied von der gesetzlichen Stufenfolge der Massnahmen	25
	2. Massschneidung der Beistandschaft	26
II.	Kindes- und Kindesvermögensschutz	27
A.	Elterlicher Führungsanspruch mit weitem Ermessen	27
B.	Kindeswohl und Kindesinteressen	27
C.	Verhältnismässigkeit	28
D.	Subsidiarität	29
E.	Komplementarität	29
F.	Stufenfolge von Massnahmen	29
G.	Wegfall der Schutzmassnahmen von Gesetzes wegen	30
	Kapitel 3: Zentraler Anknüpfungspunkt: Urteilsfähigkeit	31
I.	Zur Bedeutung der Urteilsfähigkeit im Erwachsenenschutzrecht	33
A.	Urteilsfähigkeit als Teilelement der Handlungsfähigkeit	33
B.	Urteilsunfähigkeit als Schwächezustand im Erwachsenenschutzrecht	33
C.	Von der Urteilsfähigkeit unabhängige Massnahmen des Erwachsenenschutzrechts	35
II.	Begriff der Urteilsfähigkeit	35
A.	Ausgangspunkt: Art. 16 ZGB	35
B.	Subjektive Voraussetzungen der Urteilsfähigkeit	36
	1. Übersicht	36
	2. Willensbildungsfähigkeit	37
	3. Willensumsetzungsfähigkeit	39
C.	Objektive Ursachen der Urteilsunfähigkeit	39
III.	Relativität der Urteilsfähigkeit	40
IV.	Beweis der Urteils(un)fähigkeit	42
A.	Beweislast und -gegenstand	42
B.	Sachverhalts- und Rechtsfragen	43
	Teil 2: Nicht behördliche Massnahmen im Erwachsenenschutz	45
	Kapitel 4: Vorsorgeauftrag	47
I.	Allgemeines	50
A.	Einführung	50
B.	Begriff des Vorsorgeauftrags	50
C.	Abgrenzung zur Vollmacht	50
	1. Begriff der Vollmacht	50
	2. Nebeneinander von Vorsorgeauftrag und Vollmacht	52
II.	Inhalt	52
A.	Übersicht	52
B.	Beteiligte Personen	53

1.	Auftraggebende Person	53
2.	Beauftragte Person	53
C.	Personensorge	55
1.	Allgemeines	55
2.	Minimalanforderungen	55
3.	Entbindung von der Schweigepflicht	55
4.	Patientenverfügung	56
D.	Vermögenssorge	56
1.	Allgemeines	56
2.	Minimalanforderungen	57
3.	Vertretung für den kleinen oder mittleren Unternehmer	57
E.	Vertretung im Rechtsverkehr	58
1.	Allgemeines	58
2.	Geschäfte von besonderer Tragweite	58
3.	Besondere Ermächtigung zu risikoreichen Geschäften (Art. 396 Abs. 3 OR analog)	59
4.	Kombination mit einem Auftrag gemäss Art. 394 ff. OR	60
F.	Weitere Bestimmungen	60
1.	Ermächtigung zum Beizug von Substituten	60
2.	Entschädigung und Spesen der beauftragten Person	60
3.	Weisungen	61
4.	Verhältnis zu weiteren Vorsorgeaufträgen	62
5.	Entbindung vom Amts- und Berufsgeheimnis	62
6.	Pflicht zur Validierung	62
III.	Errichtung und Registereintrag	62
A.	Übersicht	62
B.	Eigenhändige Errichtung	63
C.	Öffentliche Beurkundung	63
D.	Formmangel bei der Errichtung	64
E.	Registrierung und Hinterlegung	65
1.	Registrierung beim Zivilstandsamt	65
2.	Hinterlegung	65
IV.	Widerruf	66
A.	Übersicht	66
B.	Widerruf durch Erklärung	66
C.	Widerruf durch Vernichtung	66
D.	Widerruf durch neuen Vorsorgeauftrag	67
V.	Wirksamkeit	68
A.	Übersicht	68
B.	Wirksamkeitsvoraussetzungen	68
1.	Urteilsunfähigkeit der auftraggebenden Person	68
2.	Formgültigkeit des Vorsorgeauftrages	69
3.	Eignung der beauftragten Person	69
4.	Annahme des Auftrags durch die beauftragte Person	71

C.	Weitere (behördliche) Massnahmen	72
D.	Validierung	72
VI.	Auslegung und Ergänzung des Vorsorgeauftrags, sowie Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde	73
A.	Übersicht	73
B.	Auslegung	74
C.	Ergänzung	74
D.	Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde	75
VII.	Erlöschen	77
A.	Übersicht	77
B.	Kündigung durch die beauftragte Person	77
C.	Tod der auftraggebenden Person	77
D.	Wiedererlangen der Urteilsfähigkeit	78
	Kapitel 5: Patientenverfügung	81
I.	Grundlegendes zur Patientenverfügung	83
A.	Erstmalige Regelung auf Bundesebene	83
B.	Einwilligungserfordernis bei medizinischen Massnahmen	83
C.	Begriff und Inhalt	84
	1. Verfügung betreffend medizinischer Massnahmen	85
	2. Verfügung betreffend die Einsetzung einer Vertretungsperson	89
II.	Errichtung	91
A.	Materielle Voraussetzungen	91
	1. Urteilsfähigkeit	91
	2. Genügende Bestimmtheit medizinischer Anordnungen	93
B.	Formelle Voraussetzungen	94
	1. Schriftlichkeit	94
	2. Datierung	95
	3. Unterschrift	96
	4. Aufbewahrung und Kenntnisnahme	96
III.	Widerruf	97
IV.	Wirksamkeit	99
A.	Urteilsunfähigkeit als Wirksamkeitsvoraussetzung	99
B.	Adressaten der Patientenverfügung	100
C.	Grundsatz der Verbindlichkeit einer Patientenverfügung	101
D.	Ausnahmen vom Grundsatz der Verbindlichkeit	102
	1. Verstoss gegen gesetzliche Vorschriften	102
	2. Abweichender mutmasslicher Wille	102
	3. Fehlender freier Wille	103
E.	Dokumentation	104
V.	Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde	104
A.	Zur Anrufung der Erwachsenenschutzbehörde legitimierte Personen	104

B.	Behördliche Intervention	104
1.	Nichtentsprechen der Patientenverfügung	105
2.	Verletzung der Interessen der urteilsunfähigen Person	105
3.	Unfreier Wille	105
Kapitel 6: Gesetzliche Vertretung		107
I.	Vertretung durch den Ehegatten oder eingetragenen Partner	109
A.	Praktische Bedeutung	109
B.	Voraussetzungen	109
1.	Überblick	109
2.	Urteilsunfähigkeit des Vertretenen	111
3.	Vorliegen einer Ehe bzw. eingetragenen Partnerschaft	112
4.	Gemeinsamer Haushalt oder persönlicher und regelmässiger Beistand	113
a)	Gemeinsamer Haushalt	113
b)	Regelmässiger persönlicher Beistand	114
aa)	Allgemeines	114
bb)	Persönlicher Beistand	114
cc)	Regelmässigkeit des persönlichen Beistands	115
c)	Relevanter Zeitpunkt	115
5.	Handlungsfähigkeit des vertretenden Ehegatten	116
6.	Vorrang eines Vorsorgeauftrags oder einer Beistandschaft; sonstige Ausschlussgründe	117
a)	Überblick	117
b)	Vorrang des Vorsorgeauftrags	117
c)	Ausschluss des gesetzlichen Vertretungsrechts bei sog. verlängerter Generalvollmacht?	119
d)	Vorliegen einer Beistandschaft	120
e)	Verzicht	121
C.	Wirkungen	123
1.	Der Ehegatte als gesetzlicher Vertreter	123
a)	Allgemeines	123
b)	Interessenkonflikt	124
2.	Umfang des Vertretungsrechts	124
a)	Vermögensverwaltung	124
aa)	Ordentliche Vermögensverwaltung	125
bb)	Ausserordentliche Vermögensverwaltung	125
b)	Rechtshandlungen zur Deckung des Unterhaltsbedarfs	126
c)	Öffnen und Erledigen der Post	127
3.	Sinngemässe Anwendung der Bestimmungen über den einfachen Auftrag	127
D.	Mitwirken bzw. Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde	130
1.	Prüfung der Voraussetzungen für das gesetzliche Vertretungsrecht und Ausstellung einer Urkunde	130
2.	Einschreiten bei Interessengefährdung	131
E.	Erlöschen des gesetzlichen Vertretungsrechts	131
1.	Gründe für das Erlöschen	131
2.	Gutgläubenschutz des Dritten	132
II.	Vertretung bei medizinischen Massnahmen	133
A.	Fehlende Urteilsfähigkeit als Voraussetzung der Vertretung	133

B.	Vertretungskaskade nach Art. 378 ZGB	135
	1. Zur Vertretung berufene Personen	135
	2. Konflikt mehrerer Vertretungsberechtigter	137
C.	Inhalt des Vertreterentscheids	138
	1. Grundsätze	138
	2. Weisungen in einer Patientenverfügung	139
	3. Kasuelle und habituelle Urteilsunfähigkeit	139
	4. Mutmasslicher Wille des Patienten	140
	5. Objektive Interessen des Patienten	141
D.	Korrektes Vorgehen bei Urteilsunfähigkeit des Patienten	141
	1. Behandlungsplan	141
	2. Einbezug des urteilsunfähigen Patienten	142
E.	Besonderheiten bei Dringlichkeit	144
F.	Aufgaben der Erwachsenenschutzbehörde	144
	Kapitel 7: Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen	147
I.	Der Regelungsbereich der Art. 382–387 ZGB	149
A.	Begrifflichkeiten	149
	1. Die Urteilsfähigkeit	149
	2. Keine Anwendung auf urteilsfähige volljährige und minderjährige Personen	150
	3. Wohn- oder Pflegeeinrichtungen	151
B.	Abgrenzung zur FU	151
II.	Der Betreuungsvertrag	153
A.	Allgemeines	153
B.	Wohn- oder Pflegeeinrichtung	153
C.	Aufenthalt für längere Dauer	154
D.	Die vertraglichen Leistungen der Wohn- oder Pflegeeinrichtung	154
E.	Das Entgelt	155
F.	Das Formerfordernis der Schriftlichkeit	155
G.	Die Stellvertretung	156
H.	Die Zustimmungsbefähigung	157
III.	Einschränkungen der Bewegungsfreiheit	158
A.	Normzweck und materielle Regelung	158
B.	Voraussetzungen	158
	1. Einschränkungen der Bewegungsfreiheit als Teil freiheitsbeschränkender Massnahmen	158
	a) Abgrenzung zur FU	160
	b) Abgrenzung zu medizinischen Massnahmen	161
	c) Abgrenzung zu pädagogisch oder disziplinarisch motivierten Massnahmen	163
	d) Kommunikations- und Konsumationsverbote	163
	2. Voraussetzungen	164
C.	Information und Protokollierung	165

D.	Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde	167
1.	Anrufung der KESB	167
a)	Verfahren und Rechtsmittel	167
b)	Legitimation	168
aa)	Die betroffene Person	168
bb)	Die nahestehende Person	168
c)	Form und Frist	169
d)	Sachliche und örtliche Zuständigkeit	169
2.	Anordnungen der Erwachsenenschutzbehörde	170
3.	Rückblick – bisherige Verfahren	171
4.	Überlegungen de lege ferenda	172
IV.	Schutz der Persönlichkeit	173
A.	Normzweck und materielle Regelung	173
B.	Einzelne Aspekte	174
V.	Aufsicht über Wohn- und Pflegeeinrichtungen	175
A.	Zweck und Inhalt	175
B.	Konsequenzen der Regelung	177
Teil 3: Behördliche Massnahmen im Erwachsenenschutz		179
Kapitel 8: Beistandschaft		181
I.	Begriff und Verortung	185
II.	Arten der Beistandschaft und deren Wirkung	189
A.	Begleitbeistandschaft	191
B.	Vertretungsbeistandschaft	193
C.	Mitwirkungsbeistandschaft	201
D.	Umfassende Beistandschaft	205
E.	Weitere Institute	210
1.	Ersatzbeistand/Ersatzbeiständin	210
2.	Verfahrensbeistand/Verfahrensbeiständin	211
3.	Beistandschaften im Kindesrecht	212
III.	Massschneidung der Beistandschaft insbesondere	213
A.	Allgemeines	213
B.	Methodik	215
1.	Eigenbesorgungslücke und Aufgabenstellung	216
2.	Wahl der Beistandschaftsart	218
3.	Kombination von Beistandschaften	218
4.	Einschränkung der Handlungsfähigkeit	220
5.	Besondere Anordnungen	223
6.	Mandatsträger/Mandatsträgerin	223
7.	Controlling	223
C.	Standardisierung	224
IV.	Errichtung der Beistandschaft	226
A.	Zuständigkeit	226

1.	Örtlich	226
	a) Ordentliche Zuständigkeit	226
	b) Ausserordentliche Zuständigkeiten	227
	c) Wechsel des Wohnsitzes während eines Abklärungsverfahrens	227
	d) Internationale Anknüpfungen	228
	e) Anwendbarkeit der Zuständigkeitsregeln	228
	f) Ausnahmeregelungen	229
2.	Sachlich	229
	a) Regelfall	229
	b) Ausnahmen	229
	c) Unterschiede zum Kinderschutz	229
B.	Grund	230
	1. Normative Vorgaben	230
	a) Medizinische Diagnosen	230
	b) Andere Verhinderungsgründe	231
	c) Unerfahrenheit	231
	2. Sachliche Begründung	232
C.	Gesuch um Anordnung einer Beistandschaft	232
V.	Person des Beistandes/der Beiständin	236
A.	Eignung	236
	1. Allgemein	236
	2. Kategorien	236
	3. Nötiges Profil	237
B.	Eigene Vertrauensperson	237
C.	Mehrzahl von Beistandspersonen	238
D.	Übernahmepflicht	238
VI.	Führen der Beistandschaft	239
A.	Legitimation und Handlungsmacht	240
B.	Einstiegsplanung	241
C.	Betreuungskonzept und Handlungsplan	247
D.	Inventaraufnahme	248
	1. Allgemeines	248
	2. Verheiratete und Verbeiständete in eingetragener Partnerschaft	250
	3. Öffentliches Inventar	252
E.	Instruktion, Beratung und Unterstützung	252
F.	Grenzen der Zuständigkeit des Beistandes	253
	1. Zustimmungsbefürftige Geschäfte	253
	2. Wahrung höchstpersönlicher Rechte	254
	3. Fürsorgerische Unterbringung	256
	4. Besondere Geschäfte	256
	5. Schutz der Privatsphäre	257
	6. Vermögensaufbewahrung und -anlage	258
G.	Erstevaluation	259
H.	Rechenschaftsablage	260
I.	Entschädigung und Spesen	261

VII.	Einzelaspekte der Mandatsführung	264
A.	Personensorge	265
	1. Unterkunft	265
	2. Ernährung, Bekleidung, Körper- und Gesundheitspflege	266
	3. Ausbildung, Beruf	267
	4. Soziales Umfeld und Bezugspersonen	267
	5. Förderung der Persönlichkeitsentwicklung und -entfaltung	267
	6. Unterhalt	268
B.	Vermögenssorge	269
	1. Allgemeines	269
	2. Leitsätze	270
	3. Einkommen	271
	a) Ressourcenerschliessung	271
	b) Einkommensverwaltung	271
	4. Vermögen	271
	a) Objekte	271
	b) Klärung der Vermögenssituation	272
	c) Verwaltung, Anlage und Verwahrung des aktiven Vermögens	272
	d) Schuldenbewirtschaftung	274
C.	Rechtsverkehr	276
D.	Mehrere Beistandspersonen	277
E.	Besondere Bestimmungen für Angehörige	278
F.	Einschreiten der Erwachsenenschutzbehörde	279
G.	Übertragung der Beistandschaft	280
VIII.	Mitwirkung der Erwachsenenschutzbehörde	284
A.	Prüfung von Rechnung und Bericht	284
	1. Im Allgemeinen	284
	2. Rechnungs- und Berichtsgenehmigung	284
	3. Massnahmen	286
B.	Zustimmungsbedürftige Geschäfte	287
	1. Im Allgemeinen	287
	2. Anwendungsbereich	289
	3. Handlungsfähigkeit der verbeiständeten Person	290
	4. Die zustimmungsbedürftigen Geschäfte	292
	a) Ziff. 1	292
	b) Ziff. 2	293
	c) Ziff. 3	293
	d) Ziff. 4	294
	e) Ziff. 5	295
	f) Ziff. 6	295
	g) Ziff. 7	296
	h) Ziff. 8	296
	i) Ziff. 9	296
	j) Art. 416 Abs. 3 ZGB	297
	k) Art. 417 ZGB	298
	5. Ablauf	298
	6. Fehlen der Zustimmung	303

IX. Ende der Beistandschaft	304
A. Ende der Massnahme	304
1. Von Gesetzes wegen	304
2. Aufhebungsentscheid	305
3. Wirkung	308
B. Ende des Amtes	308
1. Von Gesetzes wegen	309
2. Entlassungsentscheid	311
3. Folgen und Liquidationspflichten	314
a) Im Allgemeinen	314
b) Wegfall der Handlungslegitimation	316
c) Weiterführungspflicht	316
d) Schlussbericht/Schlussrechnung	317
e) Herausgabepflicht	317
X. Exkurs: Verzicht auf eine Beistandschaft (Art. 392 ZGB)	318
A. Allgemeines	318
B. Voraussetzungen	321
C. Die Massnahmen im Einzelnen	323
1. «Das Erforderliche vorkehren»	323
2. Aufträge der Behörde	325
3. Einblick und Auskunft	326
Kapitel 9: Fürsorgerische Unterbringung	329
I. Fürsorgerische Unterbringung im Spannungsfeld von Recht, Medizin und Ethik	332
A. Begriff und Einführung	332
1. Einordnung in das System des Erwachsenenschutzes	332
2. Fürsorgerische Unterbringung als Eingriff in Grundrechte	332
3. Gesellschaft, Recht und Medizin	333
B. Entstehungsgeschichte	336
C. Die Neuerungen im Überblick	337
D. Internationale Konventionen	339
1. Europäische Menschenrechtskonvention	339
2. Übereinkommen zur Verhinderung von Folter und unmenschlicher Behandlung	339
3. Bioethikkonvention	340
4. Behindertenrechtskonvention der UNO	340
E. Grundlagen der Medizinethik	341
1. Entwicklung der Medizinethik	341
2. Die Grundelemente der Medizinethik	342
F. Ethikkonventionen in Medizin und Psychiatrie	343
1. Deklaration von Lissabon zu den Rechten des Patienten (WMA)	343
2. Deklaration von Hawaii / II (WPA)	343
3. Deklaration von Madrid zu ethischen Standards in der psychiatrischen Praxis (WPA)	344
4. Medizinisch-ethische Richtlinie zu Zwangsmassnahmen in der Medizin (SAMW)	344

5.	Kommentar zu den Ethik-Deklarationen und der SAMW-Richtlinie	345
G.	Häufigkeit von Unterbringungen	347
1.	Statistische Daten in der Schweiz	347
2.	Internationaler Vergleich	348
II.	Unterbringung	348
A.	Anwendungsbereich	348
1.	Betroffene Personen	348
a)	Volljährige Personen	348
b)	Minderjährige Personen	349
2.	Unterbringung in einer Einrichtung	350
3.	Abgrenzung der Unterbringung zum freiwilligen Aufenthalt	351
B.	Voraussetzungen und Rechtsfolgen der Unterbringung	352
1.	Allgemeines	352
2.	Schwächezustände	353
a)	Psychische Störung	353
b)	Geistige Behinderung	354
c)	Schwere Verwahrlosung	354
3.	Behandlungs- und Betreuungsbedürftigkeit	355
a)	Notwendigkeit einer stationären Behandlung und Betreuung	355
b)	Fehlen von ambulanten und gemeindenahen Behandlungs- und Betreuungsmöglichkeiten	358
4.	Verhältnismässigkeit	359
a)	Allgemeines	359
b)	Selbst- und Drittgefährdung	360
c)	Belastung und Schutz von Angehörigen	364
d)	Befristung	365
5.	Exkurs: Die Unterbringung von Suchtkranken	366
6.	Geeignete Einrichtung	367
7.	Rechtsfolgen der fürsorgerischen Unterbringung	369
C.	Entlassung	371
1.	Voraussetzungen der Entlassung	371
2.	Entlassungsgesuch	372
3.	Gebot der beschleunigten Behandlung	374
III.	Zurückbehaltung	374
A.	Einführung und Anwendungsbereich	374
B.	Voraussetzungen der Zurückbehaltung	375
1.	Materielle Voraussetzungen	375
2.	Zurückbehaltungsentscheid	377
C.	Unterbringungsentscheid und Rechtsschutz	378
IV.	Vertrauensperson	380
A.	Einordnung und Funktion	380
B.	Wahl der Vertrauensperson	381
C.	Aufgaben, Rechte und Pflichten	382
V.	Medizinische Massnahmen	384
A.	Allgemeine Grundsätze und Sonderregelung für die Psychiatrie	384

B.	Behandlungsplan	386
C.	Psychiatrische Patientenverfügung	388
D.	Behandlung ohne Zustimmung	390
E.	Notfälle	393
F.	Austrittsgespräch und Behandlungsvereinbarung	394
VI.	Freiheitsbeschränkende Massnahmen	397
A.	Begriff und Arten	397
B.	Materielle Voraussetzungen	397
C.	Zuständigkeit und Rechtsschutz	398
VII.	Ambulante Massnahmen	399
A.	Entstehungsgeschichte	399
B.	Inhalt und Arten	399
C.	Ambulante Zwangsbehandlung	400
D.	Vollstreckung	401
E.	Verfahren und Rechtsschutz	402
VIII.	Zuständigkeit	402
A.	Sachliche Zuständigkeit	402
1.	Zuständigkeit der KESB (Art. 428 ZGB) sowie von Ärztinnen und Ärzten (Art. 429 ZGB)	402
2.	Weitere ärztliche Zuständigkeiten	407
3.	Zuständigkeit für die Anordnung von Nachbetreuung und ambulanter Behandlung (Art. 437 ZGB)	408
4.	Zuständigkeit zur periodischen Überprüfung der FU	410
B.	Örtliche Zuständigkeit	412
1.	Örtliche Zuständigkeit der KESB	412
2.	Örtliche Zuständigkeit der Arztpersonen	412
3.	Örtliche Zuständigkeit der Leitung der Einrichtung	412
4.	Örtliche Zuständigkeit der Gerichte bei gerichtlichen Beschwerden	412
IX.	Verfahren	413
A.	Verfahren bei Entscheid durch die KESB	413
1.	Allgemeines	413
2.	Besondere Normen für das Verfahren vor der KESB in Bezug auf die FU	414
B.	Verfahren bei Entscheiden in der ärztlichen Zuständigkeit	415
X.	Rechtsschutz	417
A.	Anfechtung von Entscheiden der KESB in FU-Angelegenheiten	418
B.	Anfechtung von Entscheiden in FU-Angelegenheiten, die in ärztlicher Zuständigkeit ergangen sind	418
C.	Die Verfahrensbestimmungen vor den gerichtlichen Beschwerdeinstanzen	419

Teil 4: Kinderbelange	429
Kapitel 10: Übersicht	431
I. Entwicklung des Kindesrechts	432
A. Begriff	432
B. Quellen des Kindesrechts	432
C. Systematische Stellung und Rechtsnatur	433
D. Geschichte und Ausblick	433
II. Begriffe	434
A. Kind, Mutter und Vater	434
B. Weitere kindesrechtliche Begriffe	435
III. Prinzipien des Kindesrechts	435
A. Kindeswohl	435
B. Untersuchungs- und Officialmaxime	436
1. Untersuchungsgrundsatz	436
2. Officialmaxime	437
IV. Interdisziplinarität	438
A. Notwendigkeit bei komplexen Problemstellungen	438
B. Alternative Konfliktlösungsstrategien	438
Kapitel 11: Vaterschaftsregelungen	441
I. Einleitung	443
A. Zielsetzung der gesetzlichen Regelungen und Begriffliches	443
B. Gesetzliche Grundlagen	444
C. Recht auf Kenntnis der Abstammung	446
II. Rechtliche Regelung der Mutterschaft	447
III. Rechtliche Regelung der Vaterschaft	449
A. Vaterschaft des Ehemannes (Art. 255 ff. ZGB)	449
1. Gesetzliche Vermutung	449
2. Anfechtung der Vaterschaftsvermutung	451
a) Anfechtungsmöglichkeit des Ehemannes	451
b) Anfechtungsmöglichkeit des Kindes	453
c) Anfechtungsmöglichkeit der Mutter	454
d) Klagegrund	454
e) Wirkungen der Klage	455
3. Heirat der Eltern	455
4. Übersicht	456
B. Vaterschaft durch Anerkennung (Art. 260 ff. ZGB)	456
1. Voraussetzungen und Form der Anerkennung	456
2. Anfechtung der Anerkennung	458
a) Anfechtungsmöglichkeit des Anerkennenden	458
b) Anfechtungsmöglichkeit weiterer Interessierter	459
aa) Die Kindsmutter	460

bb)	Das Kind	460
cc)	Die Heimat- oder Wohnsitzgemeinde des Anerkennenden	461
c)	Klagegrund	461
d)	Wirkungen der Klage	461
3.	Übersicht	462
C.	Vaterschaft durch Urteil (Art. 261 ff. ZGB)	462
1.	Voraussetzungen der Vaterschaftsklage	462
2.	Klagerecht	463
a)	Klagerecht des Kindes	463
b)	Klagerecht der Mutter	464
3.	Passivlegitimation	464
4.	Klagegrund	465
5.	Wirkungen der Klage	466
6.	Übersicht	466
IV.	Adoption	467
A.	Allgemeines	467
B.	Adoption Minderjähriger (Art. 264 ff. ZGB)	468
1.	Voraussetzungen der Minderjährigenadoption	468
a)	Allgemeine Voraussetzungen (Art. 264 ZGB)	468
b)	Altersunterschied zwischen Adoptivkind und Adoptiveltern (Art. 265 Abs. 1 ZGB)	469
c)	Zustimmung des Adoptivkindes (Art. 265 Abs. 2 ZGB)	470
d)	Zustimmung der Eltern des Adoptivkindes (Art. 265a–d ZGB)	470
e)	Zustimmung der Kindesschutzbehörde (Art. 265 Abs. 3 ZGB)	472
2.	Zur Adoption Minderjähriger zugelassene Personen (Art. 264a und b ZGB)	472
a)	Zur gemeinschaftlichen Adoption zugelassene Personen (Art. 264a ZGB)	472
b)	Zur Einzeladoption zugelassene Personen (Art. 264a Abs. 3 und Art. 264b ZGB)	473
C.	Adoption einer volljährigen Person (Art. 266 ZGB)	474
D.	Wirkung der Adoption (Art. 267 f. ZGB)	475
E.	Verfahren (Art. 268 f. ZGB)	476
F.	Anfechtung der Adoption (Art. 269 ff. ZGB)	477
G.	Adoptionsgeheimnis und Recht auf Kenntnis der Personalien der leiblichen Eltern (Art. 268b f. ZGB)	478
Kapitel 12: Unterhalt		481
I.	Einleitung	483
A.	Gesetzliche Grundlagen	483
B.	Der Begriff des Unterhalts	484
C.	Die Revision des Unterhaltsrechts	485
II.	Die unterhaltsverpflichteten Personen	486
A.	Die Eltern bzw. die Stiefeltern	486
B.	Das Kind	488
C.	Dritte	489

III.	Die unterhaltsberechtigten Personen	489
A.	Das minderjährige Kind (Art. 277 Abs. 1 ZGB)	489
B.	Das volljährige Kind (Art. 277 Abs. 2 ZGB)	490
C.	Das Klagerecht des Kindes (Art. 279 ZGB)	491
	1. Aktiv-und Passivlegitimation	491
	2. Zuständigkeit	492
	3. Klagegegenstand	493
	4. Besondere Verfahrensbestimmungen	493
D.	Die Rangfolge der unterhaltsberechtigten Personen	494
E.	Weitere Anspruchsberechtigte (Art. 294 Abs. 1 und Art. 295 ZGB)	495
IV.	Die Bemessung des Unterhalts	496
A.	Die einzelnen Komponenten der Bemessung des Unterhalts (Art. 285 Abs. 1 ZGB)	496
	1. Die Bedürfnisse des Kindes	496
	2. Lebensstellung und Leistungsfähigkeit der Eltern	499
	3. Betreuungsbedarf und Betreuungskosten	500
	4. Einkünfte und Vermögen des Kindes	501
B.	Für den Unterhalt des Kindes bestimmte (Sozial-)Leistungen (Art. 285 Abs. 2 und 2 ^{bis} ZGB)	501
C.	Fälligkeit des Unterhaltsbeitrags (Art. 285 Abs. 3 ZGB)	502
D.	Abänderbarkeit des Unterhaltsbeitrags (Art. 286 ZGB)	502
V.	Die Erfüllung des Unterhaltsanspruchs	503
A.	Unterhaltsgläubiger (Art. 289 ZGB)	503
B.	Vollstreckung (Art. 290 f. ZGB)	504
C.	Sicherstellung (Art. 292 ZGB)	505
D.	Bevorschussung (Art. 293 Abs. 2 ZGB)	505
VI.	Der Unterhaltsvertrag	505
A.	Inhalt	505
B.	Vertragsparteien	509
C.	Für die Genehmigung zuständige Behörde	510
D.	Prüfungspflicht der Genehmigungsbehörde und Wirkung der Genehmigung	510
Kapitel 13: Elterliche Sorge		511
I.	Einleitung	513
A.	Begriff und Zweck	513
B.	Rechtsentwicklung in der Schweiz	515
C.	Grundsatz: Gemeinsame elterliche Sorge	516
D.	Ausnahme: Alleinige elterliche Sorge	517
II.	Träger der elterlichen Sorge	518
A.	Grundsatz: Mutter und Vater	518
B.	Tod eines Elternteils	519
C.	Scheidung und andere eherechtliche Verfahren	520

D.	Stiefeltern und Pflegeeltern	522
E.	Übergangsrecht	523
III.	Inhalt der elterlichen Sorge	523
A.	Allgemeines	523
B.	Gemeinsames oder alleiniges Entscheidungsrecht	524
C.	Bestimmung des Aufenthaltsorts des Kindes	532
D.	Vor- und Nachname	536
E.	Erziehung	537
F.	Vertretung	539
	1. Im Allgemeinen	539
	2. Rechtsstellung des Kindes	540
	3. Interessenkollision	541
G.	Verwaltung des Vermögens	541
IV.	Dauer der elterlichen Sorge	543
A.	Im Allgemeinen	543
B.	Vor- und Nachwirkung	543
	Kapitel 14: Betreuung und persönlicher Verkehr	545
I.	Begriffe	546
A.	Obhut	546
	1. Inhalt	546
	2. Arten	547
	a) Alleinige Obhut	548
	b) Alternierende Obhut	549
B.	Persönlicher Verkehr	550
C.	Betreuung	552
II.	Ausgestaltung und Rechtsfolgen	552
A.	Persönlicher Verkehr (Art. 273 ff.)	552
B.	Betreuung	556
III.	Zuständigkeit	559
	Kapitel 15: Kindeschutzmassnahmen	561
I.	Das System des Kindeschutzes	564
II.	Leitlinien des Kindeschutzes	565
A.	Schutz des Kindes(-wohls)	565
B.	Abwendung der Kindeswohlgefährdung	566
	1. Gefährdung als Voraussetzung für Kindeschutzmassnahmen	566
	2. Bedürfnislage und gefährdende Lebensbedingungen	567
	3. Gefährdungsabgrenzung	569
	4. Instrumente zur Einschätzung der Kindeswohlgefährdung	570
C.	Der Grundsatz der Verhältnismässigkeit	571
	1. Prävention	571
	2. Subsidiarität	571

3.	Komplementarität	571
4.	Proportionalität	571
III.	Die behördlichen Massnahmen	572
A.	Die Generalklausel «geeignete Massnahmen»	573
1.	Ermahnung	574
2.	Weisung	574
B.	Die Beistandschaft	577
1.	Die Grundform «Rat und Tat» (Abs. 1)	580
2.	Die «besonderen Befugnisse» (Abs. 2)	581
a)	Vertretung des Kindes bei der Feststellung der Vaterschaft	582
b)	Vertretung des Kindes bei der Wahrung des Unterhaltsanspruches	584
c)	Überwachung des persönlichen Verkehrs	585
aa)	Begleitung der Besuchsrechtsregelung/Vermittlung bei Konflikten	585
bb)	(Einzel-)Begleitete Besuchsrechtsausübung	587
3.	Einschränkung der elterlichen Sorge (Abs. 3)	588
C.	Die Aufhebung des Aufenthaltsbestimmungsrechts (Art. 310)	589
1.	Allgemeines	589
2.	Behördliche Massnahme (Abs. 1)	590
a)	Voraussetzungen	590
b)	Angemessene Unterbringung	592
c)	Indikation, Passung, Planung und Platzierung	594
d)	Besonderheit bei fürsorglicher Unterbringung (Art. 314b ZGB)	594
e)	Abwicklungsfragen	596
aa)	Massnahmedauer	596
bb)	Kostentragung	596
cc)	Kombinationen	597
3.	Massnahme auf Antrag von Eltern oder Kind (Abs. 2)	597
4.	Verbot der Rücknahme des Kindes (Abs. 3)	597
D.	Die Entziehung der elterlichen Sorge (Art. 311/312)	598
1.	Die Entziehung von Amtes wegen	598
2.	Die Entziehung mit dem Einverständnis der Eltern	599
E.	Die Änderung der Verhältnisse (Art. 313)	600
1.	Allgemeines	600
2.	Befristungen/Mindestdauern	601
IV.	Pflegekinderaufsicht (Art. 316 ZGB)	601
A.	Allgemeines	601
B.	Zuständigkeit	602
1.	Pflegeverhältnisse	602
2.	Adoptivpflegeverhältnisse	602
C.	Exkurs: Pflegekinderverordnung (PAVO)	602
1.	Inhalt	602
2.	Rechtsstellung des Pflegekindes	603
3.	Verhältnis von Bewilligungs- und Unterbringungsverfahren	603
4.	Dienstleistungsangebote in der Familienpflege	604
a)	Familienplatzierungsorganisationen	604
b)	Qualitätssicherung	605

V.	Minderjährige unter Vormundschaft	606
A.	Voraussetzungen	606
	1. Minderjährigkeit	606
	2. Fehlende elterliche Sorge	606
B.	Rechtsstellung des Kindes	608
C.	Rechtsstellung des Vormunds	609
	1. Verweis auf die Elternrechte	609
	2. Verweis auf die Bestimmungen des Erwachsenenschutzrechts	610
	a) Allgemein	610
	b) Fürsorgerische Unterbringung bevormundeter Minderjähriger	611
D.	Ende der Vormundschaft	611
E.	Zuständigkeit und Verfahren	611
	Teil 5: Interkantonaler und internationaler Kindes- und Erwachsenenschutz	613
	Kapitel 16: Interkantonaler Kindes- und Erwachsenenschutz	615
I.	Einleitung	616
II.	Interkantonales Kollisionsrecht	617
A.	Örtliche Zuständigkeit	618
	1. Erwachsenenschutz	618
	a) Ordentliche Zuständigkeit	618
	b) Ausserordentliche Zuständigkeiten	618
	aa) Aufenthaltsort (Art. 442 Abs. 2 ZGB)	618
	bb) Am Ort des Vermögens (Art. 442 Abs. 3 ZGB)	618
	cc) Heimatort (Art. 442 Abs. 4 ZGB)	618
	dd) Am Ort der Einrichtung (Art. 385 Abs. 1 ZGB)	619
	ee) Kantonales Recht	619
	2. Kinderschutz	619
	a) Ordentliche Zuständigkeit	619
	b) Gerichtliche Eheschutz- oder Scheidungsverfahren	619
	c) Ausserordentliche Zuständigkeiten	620
B.	Interkantonale Zuständigkeitskonflikte	620
C.	Anwendbares kantonales Recht	621
D.	Anerkennung und Vollstreckung	621
E.	Zusammenfassung	622
III.	Anwendungsfälle	624
A.	Übertragung der Massnahme nach Wohnsitzwechsel in einen anderen Kanton	624
	1. Ausgangslage	624
	2. Verfahrensschritte	625
	3. Übernahme der Kosten für Entschädigung und Spesen der Führung der Beistandschaft bei Wohnsitzwechsel durch das Gemeinwesen	626
	a) Ausgangslage	626
	b) Lösungsmöglichkeit bei Wohnsitzwechsel	627
B.	Fürsorgerische Unterbringung im interkantonalen Kontext	628
	1. Ärztliche Unterbringungsentscheide	628
	2. Gerichtliche Beurteilung ärztlicher Unterbringungsentscheide	629

3.	Gerichtliche Beurteilung gegen behördliche Einweisungsentscheiden	631
C.	Ambulante Massnahmen	632
Kapitel 17: Internationales Kindes- und Erwachsenenschutzrecht		635
I.	Einleitung	639
II.	Internationales Kindes- und Erwachsenenschutzrecht im engeren Sinn	639
A.	Rechtsgrundlagen	640
B.	Gemeinsame Voraussetzungen betreffend Anwendbarkeit	641
1.	Internationalität des Sachverhalts	642
2.	Zeitliche Geltung	642
3.	Gewöhnlicher Aufenthalt	644
C.	Internationale Zusammenarbeit	644
1.	Errichtung Zentraler Behörden	645
2.	Internationales Haager Richternetzwerk	646
3.	Sprachliche Anforderungen	648
a)	Übersetzung	648
b)	Legalisation	649
4.	Kosten	649
a)	HKsÜ und HEsÜ	649
b)	HKÜ	650
c)	ESÜ	651
d)	MSA	651
D.	MSA, HKsÜ und HEsÜ	652
1.	MSA	652
2.	HKsÜ und HEsÜ	654
a)	Regelungssysteme im Überblick	655
b)	Einzelne Anwendungsfragen	657
aa)	Aufenthaltswechsel	657
bb)	Elterliche Verantwortung	657
cc)	Vorsorgevollmachten	658
dd)	Patientenverfügungen	659
ee)	Fürsorgerische Unterbringung im Ausland	660
ff)	Behördenzusammenarbeit	660
aaa)	Nationale Behördenzusammenarbeit	660
bbb)	Internationale Behördenzusammenarbeit	661
E.	HKÜ	662
1.	Regelungssystem im Überblick	662
2.	Einzelne Anwendungsfragen	664
a)	Gemeinsame elterliche Sorge	664
b)	Verfahren bei Kindesentführungen	664
aa)	Freiwillige Rückkehr	664
bb)	Gebotene Eile	666
cc)	Verbot einer Sorgerechtsentscheidung	667
dd)	Anhörung und Vertretung des Kindes	667
ee)	Untersuchungs- und Offizialmaxime	668
ff)	Ausnahmetatbestände	669
gg)	Behördenzusammenarbeit	672
b)	Verfahren bei Besuchsrechtsanträgen	673

	aa) Allgemeines	673
	bb) Behördenzusammenarbeit	673
F.	ESÜ	673
	1. Rechtssystem im Überblick	674
	2. Einzelne Anwendungsfragen	674
	a) Nachträgliche Erklärung der Widerrechtlichkeit	674
	b) Kindesrückführung	675
	aa) Privilegierter Fall	675
	bb) Nicht privilegierter Fall	676
	c) Besuchsrechtsregelung	676
III.	Internationale Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen	677
A.	Hintergrund und Abgrenzung	677
B.	Rechtsgrundlagen	677
	1. Amts- und Rechtshilfe	678
	2. Zuständigkeit, anwendbares Recht, Anerkennung und Vollstreckung	679
C.	Geltendmachung der Unterhaltsansprüche auf dem Amts- bzw. Rechtshilfeweg	681
	1. Aufgabenteilung Bund-Kantone	682
	2. Einzureichende Dokumente	684
	3. Herausforderungen	684
	a) Unterschiedliche Auslegung der Übereinkommen	685
	b) Behördentätigkeit und -zusammenarbeit	685
	c) Kosten	685
	d) Von Vormundschaftsbehörden und KSB genehmigte Unterhaltsvereinbarungen	686
	e) Bilaterales Abkommen mit den USA: Durchsetzung schweizerischer Unterhaltstitel in den USA	686
D.	Internationale Entwicklung	688
	1. Haager Konferenz für Internationales Privatrecht	689
	2. Europäische Union	690
	Teil 6: Verfahren und Rechtsschutz	691
	Kapitel 18: Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	693
I.	Begriff	696
A.	Bundesebene	696
B.	Ebene Kantone	697
II.	Zusammensetzung	699
A.	Bundesebene	699
B.	Ebene Kantone	701
	1. Konstante oder volatile Besetzung des Spruchkörpers	701
	2. Grösse des Spruchkörpers	701
	3. Einzelzuständigkeit	702
	4. Fachliche und personelle Zusammensetzung des Spruchkörpers	702
	a) Fachbereiche	702
	b) Ausbildung	704
	c) Pensum	704
	d) Pikett	705

5.	Unterstützung durch ein professionelles Sekretariat	716
III.	Organisation und örtliche Zuständigkeit	716
A.	Organisation	716
1.	Bundesebene	716
2.	Ebene Kantone	717
a)	Gerichts- und Verwaltungsbehörden	717
b)	Träger	717
c)	Einzugsgebiet	717
B.	Aufsichtsbehörde	718
1.	Im Allgemeinen	718
2.	Bundesebene	718
3.	Ebene Kantone	718
C.	Örtliche Zuständigkeit	719
1.	Im Allgemeinen	719
2.	Erwachsenenschutz	719
a)	Ordentliche Zuständigkeit	719
b)	Ausserordentliche Zuständigkeiten	721
aa)	Aufenthaltort (Art. 442 Abs. 2 ZGB)	721
bb)	Zuständigkeit am Ort der Vermögensverwaltung (Art. 442 Abs. 3 ZGB)	721
cc)	Heimatzuständigkeit (Art. 442 Abs. 4 ZGB)	721
c)	Wohnsitzwechsel bei vorbestehenden Massnahmen	721
d)	Unklare Zuständigkeit	722
3.	Kindesschutz	722
D.	Sachliche Zuständigkeit bei Kinderbelangen	723
IV.	Verfahren vor der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde	725
A.	Allgemeines	725
B.	Die bundesrechtlichen Bestimmungen für das Verfahren vor der KESB (Art. 443–449c und 450g ZGB)	729
1.	Melderechte und -pflichten (Art. 443 ZGB)	729
a)	Allgemeines	729
b)	Melderecht	730
c)	Meldepflicht	731
2.	Prüfung der Zuständigkeit (Art. 444 ZGB)	735
3.	Vorsorgliche Massnahmen (Art. 445 ZGB)	737
4.	Verfahrensgrundsätze (Art. 446 ZGB)	740
a)	Untersuchungsgrundsatz (Art. 446 Abs. 1 und 2 ZGB)	741
aa)	Allgemeines	741
bb)	Durchführung der Abklärungen	742
cc)	Anordnung von Gutachten	743
b)	Offizialgrundsatz (Art. 446 Abs. 3 ZGB)	746
c)	Grundsatz der Anwendung des Rechts von Amtes wegen (Art. 446 Abs. 4 ZGB)	747
5.	Anhörung (Art. 447 ZGB)	747
a)	Allgemeines	747
b)	Allgemeine Grundsätze zur Durchführung der persönlichen Anhörung	749
c)	Zur Anhörung von Kindern im Besonderen:	750

	d) Folgen der Verletzung des Anspruchs auf persönliche Anhörung	752
6.	Mitwirkungspflichten und Amtshilfe (Art. 448 Abs. 1–4 ZGB)	753
	a) Allgemeines	753
	b) Die generellen Mitwirkungspflichten (Art. 448 Abs. 1 ZGB)	753
	aa) Umfang und Durchsetzung der Mitwirkungspflicht der am Verfahren beteiligten Personen und von Dritten	753
	bb) Rechtsfolgen der Verweigerung der Mitwirkungspflicht nach Abs. 1	755
	c) Die Ausnahmen von der generellen Mitwirkungspflicht (Art. 448 Abs. 2 und 3 ZGB)	756
	aa) Die Mitwirkungspflicht der Medizinalpersonen nach Abs. 2	756
	bb) Keine Mitwirkungspflicht der in Abs. 3 aufgeführten Personen	758
	d) Amtshilfe (Art. 448 Abs. 4 ZGB)	758
7.	Begutachtung in einer Einrichtung (Art. 449 ZGB)	759
8.	Anordnung einer Vertretung (Art. 449a ZGB)	760
	a) Allgemeines	760
	b) Kriterien für die Beurteilung der Notwendigkeit der Anordnung einer Verfahrensvertretung:	761
9.	Die Vertretung des Kindes im Besonderen (Art. 314a ^{bis} ZGB)	764
	a) Allgemeines	764
	b) Urteilsfähigkeit und Verfahrensstellung des Kindes	764
	c) Anordnung und Einsetzung	765
	aa) Prüfungspflicht der Kindesschutzbehörde	765
	bb) Antrag des Kindes und der Eltern	766
	d) Anforderungsprofil und Aufgabe	767
	aa) Qualifikation	767
	bb) Unabhängigkeit	768
	aaa) Facetten der Unabhängigkeit	768
	bbb) Keine Weisungsgebundenheit und Rechenschaftspflicht	769
	cc) Funktion und Aufgabenverständnis	769
	aaa) Kindesvertretung als Partizipationsinstrument	769
	bbb) Kindeswillen- oder Kindeswohlvertretung?	769
	ccc) Rechtliche Vertretung der Kindesinteressen	770
	dd) Vermittlung	771
	e) Prozessuales und Kosten	771
	aa) Einsetzungsentscheid	771
	bb) Kosten und Entschädigung	772
10.	Akteneinsicht (Art. 449b ZGB)	772
	a) Allgemeines	772
	b) Ausübung des Akteneinsichtsrechts	773
	c) Schranken des Akteneinsichtsrechts:	774
11.	Mitteilungspflichten der KESB (Art. 449c ZGB)	775
	a) Allgemeines	775
	b) Künftige Gesetzesrevision betr. Ausdehnung der Mitteilungspflichten der KESB?	776
12.	Vollstreckung (Art. 450g ZGB)	777
	a) Allgemeines	777
	b) Direkte und indirekte Vollstreckung (Abs. 2)	778
	c) Praktisches Vorgehen bei der Anordnung von Vollstreckungsmassnahmen	779

d)	Anfechtbarkeit von Vollstreckungsverfügungen	780
C.	Kostenfragen	780
V.	Übergangsrechtliche Bestimmungen	782
A.	Art. 14 Abs. 1–4 SchlT ZGB	782
B.	Art. 14a Abs. 1–3 SchlT ZGB	784
C.	Übergangsrechtliche Regelung bzgl. der Bestimmungen über die zivilrechtliche Verantwortlichkeit?	787
	Kapitel 19: Gerichtliche Beschwerdeinstanz	789
I.	Beschwerdeinstanz	791
A.	Organisation	791
B.	Rechtsnatur der gerichtlichen Beschwerde	792
C.	Die Regelung des Verfahrens vor der gerichtlichen Beschwerdeinstanz	793
D.	Gerichtliche Beschwerdeinstanzen nach Art. 450 ZGB	794
II.	Beschwerdeobjekt	796
A.	Allgemeines	796
B.	Anfechtbarkeit von Endentscheiden der KESB	796
C.	Anfechtbarkeit von Zwischenentscheiden	798
D.	Rechtsmittelverfahren vor Bundesgericht	799
III.	Beschwerdelegitimation	800
A.	Allgemeines	800
B.	Die am Verfahren beteiligten Personen (Ziff. 1)	800
C.	Die der betroffenen Person nahestehenden Personen (Ziff. 2)	802
D.	Personen, die ein rechtlich geschütztes Interesse an der Aufhebung oder Änderung des angefochtenen Entscheids haben (Ziff. 3)	804
IV.	Beschwerdegründe	805
A.	Allgemeines	805
B.	Rüge der Rechtsverletzung (Ziff. 1)	806
C.	Rüge der unrichtigen oder unvollständigen Feststellung des rechts- erheblichen Sachverhalts (Ziff. 2; kurz «Sachverhaltsrüge»)	807
D.	Rüge der Unangemessenheit (Ziff. 3)	807
E.	Beschwerde wegen Rechtsverweigerung und Rechtsverzögerung (Abs. 2)	809
V.	Beschwer	809
VI.	Beschwerdeform	810
VII.	Beschwerdefrist	811
VIII.	Aufschiebende Wirkung	814
IX.	Vernehmlassung und Wiedererwägung	816
A.	Vernehmlassung (Art. 450d Abs. 1 ZGB)	816
B.	Wiedererwägung (Art. 450d Abs. 2 ZGB)	817

X. Besonderheiten bei fürsorgerischer Unterbringung	820
Teil 7: Sonstige Aspekte	821
Kapitel 20: Zivilrechtliche Verantwortlichkeit	823
I. Haftungskonzept im Überblick	824
A. Kurzer Rückblick	824
B. Haftung im revidierten Erwachsenenschutzrecht	824
1. Allgemeines	824
2. Haftung für «behördliche Massnahmen» (ZGB 454 I)	825
3. Haftung in anderen Bereichen des Erwachsenenschutzes (ZGB 454 II)	826
4. Haftung nach Auftragsrecht (ZGB 456)	826
II. Haftung nach Art. 454 Abs. 1 und 2 ZGB im Einzelnen	827
A. Vorbemerkung	827
B. Aktivlegitimation	828
C. Verpflichtete Person (Abs. 3) und deren Regressansprüche (Abs. 4)	830
D. Prozessrecht	831
E. Anwendungsbereich der Haftungen nach Art. 454 ZGB	832
1. Bei der Haftung nach Art. 454 Abs. 1 ZGB	832
2. Bei der Haftung nach Art. 454 Abs. 2 ZGB	833
F. Allgemeine Haftungsvoraussetzungen	835
1. Schaden	835
2. Widerrechtlichkeit	835
3. Adäquater Kausalzusammenhang	838
G. Rechtsfolge	838
III. Auftragsrechtliche Haftung nach Art. 456 ZGB	839
A. Allgemeines	839
B. Anwendungsbereich	840
C. Umfang des Verweises in Art. 456 ZGB	841
D. Voraussetzungen der Haftung	841
E. Haftungssubjekt	842
F. Haftungskonkurrenz	842
IV. Verjährung	843
A. Verjährung der Ansprüche nach Art. 454 Abs. 1 und 2 ZGB	843
1. Allgemeines	843
2. Beginn und Dauer der Verjährung	844
3. Wahrung, Stillstand und Unterbrechung der Verjährungsfrist	846
B. Verjährung der Ansprüche nach Art. 456 ZGB	847
Kapitel 21: Strafrechtliche Aspekte	849
I. Einleitung	852
II. Abriss der strafrechtlichen Grundlagen	856
A. Vorsatz- und Fahrlässigkeitsdelikte	856

B.	Handlungs- und Unterlassungsdelikte	857
C.	Abgrenzung von Unterlassung und unterlassener Sorgfalt	858
D.	Täterschaft und Teilnahme	858
E.	Garantenstellung	859
F.	Garantenstellung im Rahmen des KESR	860
G.	Ermächtigungsverfahren	861
III.	Einleitung des Verfahrens	864
A.	Eröffnung des Verfahrens	864
	1. Die Gefährdungsmeldung: Melderecht	864
	2. Die «amtliche» Gefährdungsmeldung: Meldepflicht	866
	3. Strafanzeige durch die KESB und Beistandspersonen	868
	4. Vertretungsbeistandschaft im Strafverfahren	869
B.	Vorsorgliche und superprovisorische Massnahmen	870
IV.	Erstellung des Sachverhalts	870
A.	Strafbarkeit bei Ermittlung des Sachverhalts	870
	1. Amtsmissbrauch, Amtsanmassung, Hausfriedensbruch, Gewalt und Drohung gegen Behörden und Beamte	871
	2. Verletzung von Geheimnispflichten und des Geheim- oder Privatbereichs	872
	3. Sich bestechen lassen/bestechen, Vorteilsannahme und -gewährung	873
B.	Strafbarkeit bei der Aktenführung	874
	1. Urkundenfälschung im Amt	874
	2. Ehrverletzungs- und Rechtspflegedelikte	875
C.	Exkurs: Mitwirkungspflicht versus «nemo tenetur» im KESR-Verfahren	877
V.	Entscheide und Massnahmen	879
A.	Entzug des Aufenthaltsbestimmungsrechts bei Minderjährigen	880
	1. Grundlagen des Entzugs des Aufenthaltsbestimmungsrechts	880
	2. Strafrechtliche Implikation: Entziehen von Minderjährigen und Amtsmissbrauch	880
	3. Praxisfragen	880
B.	Vertretung bei medizinischen Massnahmen	883
	1. Voraussetzungen der Vertretung bei medizinischen Massnahmen	883
	2. Strafrechtliche Implikation: Körperverletzung	883
	3. Praxisfragen	884
C.	Aufenthalt in Wohn- oder Pflegeeinrichtungen (Betreuungsvertrag)	887
	1. Anforderungen an den Betreuungsvertrag	887
	2. Strafrechtliche Implikation und Praxisrelevanz: Urkundenfälschung	887
D.	Freiheitsbeschränkende Massnahmen (Fürsorgerische Unterbringung und Einschränkung der Bewegungsfreiheit)	888
	1. Voraussetzungen einer FU und einer Einschränkung der Bewegungsfreiheit	888
	2. Strafrechtliche Implikation: Amtsmissbrauch und Freiheitsberaubung	889
	3. Praxisfragen	891
E.	Unsachliche oder fehlerhafte Entscheide und Massnahmen	893
	1. Grundlagen für Entscheide und Massnahmen	893

2.	Strafrechtliche Implikation und Praxisrelevanz: sich bestechen lassen und Vorteilsannahme	893
3.	Strafrechtliche Implikation und Praxisrelevanz: Amtsmissbrauch	895
4.	Strafrechtliche Implikation und Praxisrelevanz: Fahrlässige Körperverletzung/Tötung durch Unterlassung	896
VI.	Vollzug und Aufsicht	897
A.	Strafbarkeit von Beistandspersonen	897
1.	Arten von Beistandschaften	897
2.	Amtsanmassung infolge Kompetenzüberschreitung?	898
3.	Nötigung durch Druck	899
4.	Amtsgeheimnisverletzung durch Kommunikation mit Dritten (inklusive Medienkontakt)	900
5.	Urkundenfälschung bei der Berichterstattung	902
6.	Vermögensdelikte	902
7.	Vermögensdelikte zum Nachteil von Angehörigen	904
B.	Strafbarkeit von Mitgliedern der KESB	906
1.	Vorbemerkung	906
2.	Nötigung durch Druck	906
3.	Amtsanmassung infolge Kompetenzüberschreitung	906
4.	Amtsgeheimnisverletzung durch Kommunikation mit Dritten (inklusive Medienkontakt)	907
C.	Strafbarkeit von Dritten	907
1.	Nötigung	907
2.	Entziehung von Unmündigen und Freiheitsberaubung und Entführung	908
3.	Verletzung der Fürsorge- und Erziehungspflicht	909
VII.	Exkurs: Kindesschutzrecht und Jugendstrafrecht	910
VIII.	Bilanzierender Ausblick	911
Kapitel 22: Datenschutz		913
I.	Ausgangslage	915
II.	Datenschutzrechtliche Bestimmungen	919
A.	Ausgangslage	919
B.	Ausdrückliche datenschutzrechtliche Bestimmungen	920
1.	Ausdrückliche datenschutzrechtliche Bestimmungen im Bundesrecht	920
a)	Ausdrückliche datenschutzrechtliche Bestimmungen im ZGB	920
aa)	Meldung	920
bb)	Information, Benachrichtigung und Orientierung	921
cc)	Einsicht, Einblick und Auskunft	923
dd)	Abklären, Einziehen von Erkundigungen	924
ee)	Mitwirkung, Zusammenarbeit und Amtshilfe	925
ff)	Verschwiegenheit und Geheimnis	926
b)	Ausdrückliche datenschutzrechtliche Bestimmungen in anderen Bundesgesetzen	927
aa)	Meldung	927
bb)	Information, Benachrichtigung und Orientierung	928
cc)	Mitwirkung und Amtshilfe	929
dd)	Verschwiegenheit und Geheimnis	929

2.	Ausdrückliche datenschutzrechtliche Bestimmungen im kantonalen Recht	929
a)	Ausgangslage	929
b)	Ausdrückliche datenschutzrechtliche Bestimmungen in Ausführungserlassen zum ZGB	929
aa)	Meldung	930
bb)	Information	930
cc)	Vornahme von Abklärungen	930
dd)	Auskunftspflichten	931
ee)	Regelung von Online-Zugriffen	931
c)	Ausdrückliche datenschutzrechtliche Bestimmungen in weiteren kantonalen Erlassen	931
aa)	Polizeirecht	931
bb)	Strafverfolgung	931
cc)	Soziales	931
d)	Last but not least – das kantonale Datenschutzrecht	932
C.	«Implizite» datenschutzrechtliche Bestimmungen?	932
D.	Fehlende datenschutzrechtliche Bestimmungen	933
E.	Letzter Rettungsanker – die Zustimmung des Betroffenen?	934
1.	Grundsatz	934
2.	Bedeutung in der Praxis	935
3.	Kritik	935
III.	In welchem Verhältnis stehen datenschutzrechtliche Bestimmungen zueinander?	936
A.	Im Verhältnis Bundesrecht – kantonales Recht	936
B.	Innerhalb des kantonalen Rechts	937
IV.	Das Recht des Datenbezügers – und das Recht des Datenlieferanten?	937
V.	Grundlegendes zur Datenbearbeitung	938
A.	Grundprinzipien der Datenbearbeitung	938
1.	Ausgangslage	938
2.	Rechtmässigkeit – Legalitätsprinzip	939
3.	Verhältnismässigkeit – Datensparsamkeit	939
4.	Bearbeitung nach Treu und Glauben	940
5.	Transparenzprinzip: Erkennbarkeit und Zweckbindung	941
6.	Datenrichtigkeit	942
7.	Datensicherheit	943
B.	Hinweise zum Lebenszyklus der Daten	943
1.	Erstmalige Datenerhebung	944
2.	Datenbearbeitung während der Aufgabenerfüllung	944
3.	Bei Beendigung des Klientenverhältnisses: Archivieren, anonymisieren oder vernichten?	944
a)	Grundsatz	944
b)	Archivieren	945
c)	Anonymisieren	946
d)	Vernichten	946
VI.	Rechte Betroffener bezüglich Datenbearbeitungen	947
A.	Grundsatz	947

B.	Rechte Betroffener gestützt auf das ZGB	948
C.	Rechte Betroffener gestützt auf das Datenschutzrecht	948
VII.	Ausgewählte Fragen	949
A.	Datenbekanntgabe an Dritte	949
B.	Datenbekanntgabe an Angehörige	951
	1. Zu Lebzeiten des Betroffenen	951
	2. Nach dem Tod des Betroffenen	952
C.	Informationen gegenüber Medien	953
	1. Ausgangslage	953
	2. Rechtslage	953
D.	Informationen gegenüber Politik und Parlament	954
E.	KESB-Bedrohungsmanagement und Datenschutz	955
VIII.	Datensicherheit	956
A.	Ausgangslage	956
B.	Schutzziele und Massnahmen	956
C.	Nutzung von E-Mail	956
D.	Nutzung des Fax	957
E.	Nutzung von mobilen Geräten	958
F.	Outsourcing von Datenbearbeitungen	959
IX.	Datenschutzrechtliche Aufsicht über die KESB	959
A.	KESB als Verwaltungsbehörde	959
B.	KESB als Gericht	960
C.	Nutzung der Dienstleistungen der kantonalen Datenschutzbeauftragten	961
X.	Ausblick	962
A.	Politische Vorstösse	962
B.	Anregung zuhanden des Gesetzgebers	964
C.	Stärkung der Datensicherheit	964
D.	In welche Richtung entwickelt sich das Datenschutzrecht?	964
	1. Ausgangslage	964
	2. Entwicklungen bei der EU und beim Europarat	965
	3. Revision des Datenschutzgesetzes des Bundes	965
Kapitel 23: Erbrecht		967
I.	Überblick über die Änderungen in erbrechtlichen Bestimmungen	970
II.	Erbvertragsfähigkeit eines verbeiständeten, urteilsfähigen Erblassers (Art. 468 ZGB)	971
A.	Einleitung	971
B.	Voraussetzungen beim verbeiständeten Erblasser zum Abschluss eines gültigen Erbvertrags	973
	1. Urteilsfähigkeit	973
	a) Allgemeines	973
	b) Zur Willensbildungsfähigkeit	974

c)	Zur Willensumsetzungsfähigkeit	976
d)	Vermutung der Urteilsfähigkeit und Beweislastverteilung	977
e)	Fazit	978
2.	Vollendetes achtzehntes Altersjahr	979
3.	Zustimmung des Beistands	979
a)	Von Art. 468 Abs. 2 ZGB erfasste Beistandschaften	979
b)	Umschreibung der Aufgabe im Aufgabenkatalog des Beistands	981
c)	Form und Zeitpunkt der Zustimmung	982
4.	Keine Zustimmung der Erwachsenenschutzbehörde	983
5.	Ausschluss des Anwendungsbereichs von Art. 468 ZGB	983
a)	Sachlicher Anwendungsbereich	983
b)	Persönlicher Anwendungsbereich	984
C.	Rechtsfolgen bei fehlenden Gültigkeitsvoraussetzungen	986
III.	Die besondere Nacherbeneinsetzung auf den Überrest gemäss Art. 492a ZGB/Art. 531 ZGB	986
A.	Einleitung	986
B.	Voraussetzungen zur Anordnung einer Nacherbeneinsetzung auf den Überrest gemäss Art. 492a ZGB	988
1.	Nur Nachkommen als Vorerben	989
2.	Dauernde Urteilsunfähigkeit des Nachkommen	989
3.	Nachkomme ohne eigene Nachkommen, Ehe- oder eingetragenen Partner	990
4.	Fehlende Verfügung von Todes wegen des Nachkommen	990
5.	Beschränkung auf eine Nacherbeneinsetzung auf den Überrest und auf den Pflichtteil	991
C.	Zeitpunkt des Vorliegens der Voraussetzungen	992
D.	Rechtsfolgen bei Fehlen einer Voraussetzung	992
1.	Wiedererlangung der Urteilsfähigkeit	993
2.	Übrige Voraussetzungen	994
E.	Rechtsfolgen bei gültiger Nacherbeneinsetzung auf den Überrest gemäss Art. 492a ZGB	994
IV.	Einsetzung eines Beistands für den nasciturus (Art. 544 Abs. 1^{bis} ZGB)	996
A.	Einleitung	996
B.	Interessenwahrung für das gezeugte ungeborene Kind	997
C.	Interessenwahrung für ein noch ungezeugtes Kind?	998
V.	Beistand als Erbschaftsverwalter (Art. 554 Abs. 3 ZGB)	999
A.	Einleitung	999
B.	Beistand als Erbschaftsverwalter	1000
	Stichwortverzeichnis	1003